

Silke Stokar
innenpolitische Sprecherin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag
www.stokar.de

Bewerbung um das Direktmandat im Wahlkreis 42 Hannover-Stadt Votum für meine Kandidatur auf der Landesliste

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach der Wahlniederlage in NRW wird der Weg für vorgezogene Neuwahlen frei gemacht. Es ist richtig, die Entscheidung darüber, in welche Richtung sich die Politik in Deutschland weiterentwickeln soll, ein Jahr früher in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu legen. Wir sind bereit, diesen Weg zugehen. In diesem Wahlkampf kämpfen wir für ein gutes grünes Ergebnis. Wir wollen Rot-Grün fortsetzen, auf Bundesebene gibt es für uns keine andere Gestaltungsoption. Aber auch wenn wir in die Opposition kommen sollten, braucht es dringender denn je gestärkte Grüne, um die Alternativen zur schwarzen Republik deutlich zu machen.

Ehrliche Bilanz ziehen

Rot-Grün hat nur eine Chance, wenn wir eine ehrliche Bilanz dieser sieben Regierungsjahre ziehen. Ein „weiter so“ mit Rot-Grün will niemand. Die Arbeit kann nur mit veränderten Inhalten auf einer erweiterten Grundlage fortgesetzt werden.

Wir sind in der Regierungsbeteiligung Grüne geblieben. Eingebracht haben wir unsere Ideen, gefundene Kompromisse haben wir gemeinsam vertreten. Es ist uns gelungen, grüne Akzente zu setzen. Wir waren treibende Kraft in der Modernisierung unseres Landes. Über urgrüne Themen hinaus haben wir unsere Kompetenz erweitert:

- Grün steht für eine Außenpolitik, die auf zivile Konfliktregelung und partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit ausgerichtet ist. Vergessen wir nicht: mit einer CDU geführten Regierung hätte es die deutsche Beteiligung am Irak-Krieg gegeben.
- Wir haben den Atomausstieg durchgesetzt und erneuerbare Energien konsequent gefördert.
- Ohne grüne Regierungsbeteiligung hätte es das Staatsbürgerschaftsrecht, das Zuwanderungsgesetz oder das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Partnerschaft nicht gegeben.
- Umwelt und Wirtschaft gehören zusammen. Deutsche Technologie bietet die Lösungsansätze für die Bewältigung der globalen Umwelt- und Energieprobleme. Die Befreiung aus der Ölabhängigkeit ist ein zentrales Zukunftsthema. Den ökologischen Landbau haben wir ausgebaut und den Verbraucherschutz gestärkt.
- Mehr Chancen für junge Frauen, Kinderwunsch und Beruf zu vereinbaren, erreichen wir nur durch einen Ausbau der Kinderbetreuung.

- Grün steht für eine moderne Bildungs- und Forschungspolitik, sie ist der Schlüssel für Innovation und mehr Arbeit.

Wir haben uns mehr gewünscht und wir haben mehr gefordert, denn grüne Konzepte gehen weiter als das Erreichte. Das Ergebnis ist aber immer ein Kompromiss, der mit der SPD machbar und bei den schwarzen Bundesratsmehrheiten durchsetzbar ist.

Zur Glaubwürdigkeit gehört es, offen zu bekennen: trotz aller Anstrengungen ist es Rot-Grün nicht gelungen, die bedrückendsten Probleme, die Massenarbeitslosigkeit, die Zunahme der Armut und die hohe Staatsverschuldung zu lösen. Wir haben die Lohnnebenkosten gesenkt, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft durch Steuersenkungen verbessert. Gesundheitsreform und Arbeitsmarktreform waren erste Schritte, um den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme zu sichern. Erfolge werden diese notwendigen Reformen erst zeigen, wenn sie mit Wirtschaftswachstum verbunden sind.

Real erleben die Bürgerinnen und Bürger die Folgen von Hartz IV. Wir haben als Grüne in den Verhandlungen zu den Hinzuverdienstmöglichkeiten, der Zumutbarkeitsregel, der stärkeren Berücksichtigung von Arbeitszeiten oder der Sicherung von Altersvorsorge sozial verträglichere Positionen vertreten, die von CDU/CSU und FDP im Bundesrat blockiert wurden. Die Vermittlung in neue Arbeit findet kaum statt, weil es keine verfügbaren Arbeitsplätze gibt. Wir sind uns alle einig, dass es bei Hartz IV Nachbesserungen im Sinne unserer grünen Ursprungsforderungen geben muss.

Die schwarze Republik verhindern

Den Durchmarsch von Schwarz-Gelb können wir nur verhindern, wenn wir in dieser kurzen Zeit konkret vermitteln können, was wir besser und anders machen wollen. Die zentralen Themen dieser Bundestagswahl werden Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik sein. Die Lösungsangebote der Parteien gehen in entgegengesetzte Richtungen. Der neoliberale Kurs von Frau Merkel setzt auf die freien Marktkräfte. Verbunden sind damit eine Schwächung der Gewerkschaften, der Abbau von Arbeitnehmerrechten, die Senkung des Lohnniveaus und die Privatisierung von Lebensrisiken. Die Union will Verbrauchssteuern erhöhen, um die Unternehmenssteuern senken zu können.

Grün streitet für Arbeit mit Zukunft, die fair bezahlt wird, deswegen fordern wir das Mindestlohngesetz. Wir wollen die Subventionierung alter Strukturen abbauen, damit Mittel für Bildung und Innovation freiwerden. 300.000 neue Arbeitsplätze sind im Umweltbereich entstanden, zusätzliche Arbeit ist im Dienstleistungsbereich vorhanden. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung von mehr Arbeit im Dienstleistungsbereich ist eine grüne Option.

Eine positive innenpolitische Bilanz

Sicherheit gewährleisten und Freiheitsrechte garantieren sind gleichermaßen Anliegen grüner Politik. In zahlreichen Gesetzesverfahren ist es uns gelungen, Grundrechte zu wahren, viele Gesetze sind erst durch unsere Intervention verfassungsfest geworden. Kein Gesetz aus dem Innenministerium ist ohne grüne

Korrektur durch das Parlament gegangen. Zahlreiche Bundesratsinitiativen, die schärfsten aus dem schwarz-gelb regierten Niedersachsen, wurden mit rot-grüner Mehrheit zurückgewiesen. Wir haben neue Instrumente wie Evaluierung und Befristung eingeführt.

Während im schwarz-gelben Niedersachsen ein demontierter Datenschutzbeauftragter resigniert zurücktritt, ist der Datenschutz auf Bundesebene mit dem grünen Peter Schaar deutlich gestärkt. Das Informationsfreiheitsgesetz haben wir im Bundestag durchgesetzt. An der Umsetzung möchte ich weiter beteiligt sein.

Was ich noch machen will

Die Themen, für die Grüne auch in den nächsten 4 Jahren gebraucht werden, sind die Modernisierung des Datenschutzes, die Durchsetzung der parlamentarischen Beteiligungsrechte in europäischen Verfahren und ein neuer Anlauf in der Föderalismus- und Verwaltungsreform. Innenpolitik ist zunehmend europäisch und international ausgerichtet. Wir wollen hier mehr Transparenz und parlamentarische Mitwirkung durchsetzen. Angesichts des verzögerten EU-Verfassungsprozesses müssen wir sehr schnell Instrumente entwickeln, damit die Bürgerrechte einklagbar werden. Aktuell arbeiten wir an einem globalen Sicherheitsbegriff, der deutlich macht, dass es nationale Sicherheit nur durch globale Gerechtigkeit geben kann.

Nach nur knapp drei Jahren in Berlin sind mir weder Ideen noch Energien ausgegangen. Ich will gern weitermachen und bewerbe mich bei Euch erneut um das Direktmandat im Wahlkreis 42 und bitte um Eure Unterstützung für meine Kandidatur auf der Landesliste.

Silke Stokar